

Udo Rienaß:
Quo vadis Verwaltung?
Seite 4 - 6

Rainer-Michael Lehmann:
Inklusion, aber richtig
Seite 8

Ein deutscher Revolutionär:
Festschrift zu Ehren Gutzeits
Seite 12

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr. 15 · 67. JAHRGANG

18. NOVEMBER 2017

Wir werden gebraucht

Mehr als 25.000 Menschen sind 2017 in die SPD eingetreten. Diese Menschen zählen auf uns. Sie sind für und wegen unserer Grundwerte eingetreten: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden sind die Basis unseres politischen Handelns. Aber, wir müssen diese Werte in praktische Arbeit umsetzen. Wir müssen Antworten für die Zukunft geben.

Das heißt auch: Wir müssen – trotz selbstkritischer Diskussionen – voller Selbstbewusstsein in die Zukunft blicken. Natürlich gibt es große Herausforderungen, die vor uns liegen: Wie stärken wir Europa? Wie sorgen wir für gute Arbeit in Zeiten, in denen immer mehr Jobs durch die Digitalisierung bedroht werden? Und nein, Hartz IV ist nicht die richtige Antwort. Wir brauchen neue Konzepte, neue Ideen und Mut, diese umzusetzen.



Foto: Christina Bauermeister

Das solidarische Grundeinkommen setzt genau da an. Ich bin davon überzeugt, dass wir möglichst vielen Menschen eine sinnvolle Tätigkeit ermöglichen sollen, die nach Mindestlohn bezahlt werden und sozialversicherungspflichtig sind. Zu tun gibt es gerade in Berlin genug. Und wir können so vielen Menschen Beiträge zur Alterssicherung ermöglichen.

Lasst uns gemeinsam über neue Wege nachdenken. Denn wir werden gebraucht.
Michael Müller □



Michael Müller auf dem Landesparteitag: „Wir brauchen keine Leitkultur-Debatte“.

Foto: Ralf Höschele

„Keine Denkverbote“

Landesparteitag der Berliner SPD am 11. November

Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl und dem schlechten Berliner Ergebnis von 17,9 Prozent gab es auf dem zweiten Landesparteitag der Berliner SPD im Jahr 2017 eine lange Aussprache über den künftigen Kurs der Partei.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Geisel eröffnete den Parteitag. Geisel sagte, dass es darum geht, die Ursachen für die schwere Niederlage bei der Bundestagswahl klar herauszustellen. Die inhaltliche Neuausrichtung der Partei hänge mit der Frage zusammen, wofür die Sozialdemokratie in Europa künftig noch gebraucht werde.

Mit Spannung wurde von den 243 Delegierten die Rede des Berliner SPD-Landesvorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters Michael Müller erwartet.

Müller betonte gleich zu Beginn seiner gut 30-minütigen Rede, dass „wir eine kritische Debatte ohne Denkverbote über das

desaströse Wahlergebnis brauchen“. Er räumte selbstkritisch ein, dass ihn Lage und die Ergebnisse nicht unberührt lassen und auch er seinen Anteil daran habe. „Kritik an mir ist willkommen“, sagte Müller und warb für eine offene Aussprache.

Wer jedoch einfache und schnelle Antworten suche, der verkenne die Lage der Sozialdemokratie, die in ganz Europa in einer tiefen Krise stecke.

Müller erteilte einer Debatte um eine neue Leitkultur eine klare Absage. „Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind richtig und hochaktuell“.

Er warb für eine praktische und vertrauenswürdige Politik, die Menschen in ihren Lebenssituationen ernst nehme. Dabei stellte er besonders die Europa- und Arbeitsmarktpolitik in den Vordergrund. Müller: „Wir müssen endlich rauskommen aus der Hartz-IV-Debatte.“

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Stattdessen müsse man nach vorne gerichtet über den Umbau der sozialen Sicherheitssysteme nachdenken.

Müller hatte in einem Namensbeitrag im „Tagesspiegel“ vorgeschlagen, für gemeinnützige Tätigkeiten wie Sperrmüllbeseitigung, das Säubern von Parks oder Begleit- und Einkaufsdienste ein solidarisches Grundeinkommen einzuführen.

Müller kam auch auf die innerparteiliche Kritik und die teils persönlichen Beleidigungen von Genossinnen und Genossen in den sozialen Netzwerken zu sprechen. Dies schade der Partei und nütze der Opposition. Die SPD müsse sich wieder Inhalten zuwenden, gute Politik machen und einen respektvollen und solidarischen Umgang pflegen.

Darüber hinaus werde im Landesvorstand eine organisationspolitische Kommission gebildet, um über Strukturen und Kommunikation zu sprechen.

In Bezug auf künftige Koalitionen wünscht sich der SPD-Landesvorsitzende eine frühe Diskussion auf Bundesebene, wie es für die SPD eine Machtperspektive jenseits der Union geben kann. Er selbst möchte mit seiner Arbeit als Senatschef beweisen, dass Rot-Rot-Grün eine erfolgreiche Chance ist.

NAHLES: TIEFER VERTRAUENS-KNACKS IN DER BEVÖLKERUNG

Prominente Gastrednerin auf dem Parteitag war die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles. Angesichts der Veröffentlichung der „Paradise Papers“ sagte Nahles, dass es an der Zeit sei, ein Gesetz zu machen, dass solche Steuervermeidungstricks als illegal einstuft. Nahles hält nichts von



Andrea Nahles: „Der Vertrauens-Knacks in der Bevölkerung sitzt sehr tief.“

Foto: Christina Bauermeister

den Plänen einer möglichen Jamaika-Koalition, den Solidaritätszuschlag für alle Bevölkerungsgruppen abzuschaffen. „Das hilft vor allem den Besserverdienenden“.

In Bezug auf die momentane Situation der SPD konstatierte die Fraktionsvorsitzende, dass der Vertrauens-Knacks in der Bevölkerung sehr tief sitze. „Die Leute erwarten gar nicht mehr, dass wir etwas für sie tun“. Sie warb für eine Agenda 2030, was die Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme angeht. Das Chancenkonto und das solidarische Grundeinkommen seien zwei wichtige Denkansätze in diesem Zusammenhang.

Bei einem weiteren wichtigen Zukunftsthema – der Digitalisierung der Arbeit – sieht Andrea Nahles große Chancen für ein selbstbestimmteres Leben, z.B. was flexiblere Arbeitszeiten betrifft. „Dafür müssen

wir aber die Gier der Konzerne zurückdrängen und gute und mitbestimmte Arbeitsplätze schaffen“, mahnte sie.

Die fast zweistündige Aussprache eröffnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh. Er bezeichnete die Lage der SPD, die in Berlin gemeinsam mit Linken und Grünen regiert, als „ernst“. „In vielen Kiezen haben wir den Charakter als Volkspartei verloren“.

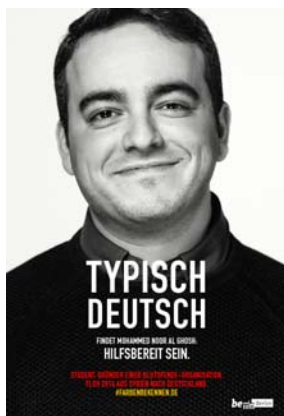
„Das Vertrauen in uns, in die SPD ist beschädigt. Dafür tragen wir alle Verantwortung“, sagte er. „Partei, Senat und Fraktion müssen gemeinsam an der Sache orientiert anpacken, um uns gemeinsam aus diesem Tal herauszuführen.“ Um das Vertrauen der Berliner zurückzugewinnen, müssten alle gemeinsam liefern, etwa bei Schulsanierung, mehr Sicherheit und funktionierenden den Bürgerämtern. **chb** □

Typisch Deutsch

Senat startet Plakatkampagne „Farbe bekennen“ über Berliner Geflüchtete

In der Kampagne bekennen Geflüchtete Farbe, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben und sich aktiv für andere und das gemeinsame Zusammenleben engagieren.

Initiatorin der Kampagne ist die Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Sawsan Chebli (SPD). Sie erklärt: „Ich habe in den letzten Monaten viele engagierte Geflüchtete getroffen, die alle eins gemeinsam haben: Sie haben ihre Heimat verlassen und eine neue in Berlin gefunden. Und dieser neuen Heimat fühlen sie sich verpflichtet.“



Acht Geflüchtete zeigen auf den Plakaten ihr Gesicht und erzählen zum einen ihre Erfolgsgeschichte und zum anderen, was für sie typisch Deutsch ist. Ziel dieser Kampagne ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Geflüchtete nicht nur „nicht integrierbar“ sind, sondern auch Verantwortung übernehmen und der Gesellschaft durchaus etwas zurückgeben können und mitunter schon haben. So wie etwa Mohammed Noor al Ghosh, der Hilfsbereitschaft für typisch Deutsch hält und nach dem Anschlag am Breitscheidplatz unter Geflüchteten zum Blutpenden aufrief. **BS** □

Ende der Modernisierungsumlage

Lange Antragsdebatte auf dem Landesparteitag und Neumitglieder-Talk

Das ernüchterte Wahlergebnis für die SPD in Berlin von 17,9 Prozent steht im Kontrast zu den mehr als 2.300 Neumitgliedern, die in diesem Jahr in die Berliner SPD eingetreten sind.

Mit einem Zuwachs von 13 Prozent hat der Berliner Landesverband damit prozentual von allen Landesverbänden die meisten Mitglieder im Jahr 2017 hinzugewonnen. Auf dem Landesparteitag waren rund 200 Genossinnen und Genossen zu Gast, die seit dem Wahlabend der Bundestagswahl in die Berliner SPD eingetreten sind. Stellvertretend berichteten auf dem Podium zwei von ihnen über ihre Motive für den Parteieintritt. Janine Nowak ist Sozialarbeiterin und wohnt in der Rosenthaler Vorstadt. Sie kam aus dem klassischen Motiv, die Gesellschaft sozialer und gerechter zu gestalten zur SPD. Der Spandauer Lokführer Nils Korte hingegen ist aufgrund der AfD-Erfolge wieder in die SPD eingetreten, aus der er vor vielen Jahren ausgetreten war. Für den 50-Jährigen, der oft mit unterschiedlichsten Menschen beim Fußball zusammenkommt, hat sich die Politik zu weit von den Sorgen und Nöten der Menschen entfernt.

Nach dem Neumitglieder-Talk schloss sich eine lange Antragsdebatte an.

SOLIDARITÄT MIT SIEMENS

Verabschiedet wurde eine Resolution zur angekündigten Schließung von Siemens-Standorten in Berlin und Ostdeutschland. In Berlin hat Siemens 3.800 Beschäftigte im Gasturbinenwerk und nochmal 800 Beschäftigte im Dynamowerk.

In der Resolution ruft die Berliner SPD Siemens auf, zusammen mit den Betriebsräten, der IG Metall und dem Senat Alternativen zum Arbeitsplatzabbau und Perspektiven für die betroffenen Standorte mit ihren hoch motivierten Fachkräften zu entwickeln. Michael Müller nannte es zuvor einen „Affront“, dass Siemens den Wegfall von Standorten in Ostdeutschland ausgerechnet am 9. November – dem Jahrestag des Mauerfalls – angekündigt hatte.

Nach einer ausführlichen Debatte verständigten sich die Delegierten darauf, das Impulspapier zur inneren und sozialen Sicherheit als Diskussionsgrundlage zu beschließen für die Ausarbeitung eines Programmantrags „solidarische Sicherheit“. Dieser soll auf dem Parteitag am 2. Juni 2018 beraten und verabschiedet werden. Dazu wird es eine breite Debatte geben, in



Barbara Loth (l.) stellte zusammen mit Birte Huizing (r.) die Neumitglieder Nils Korte und Janine Nowak vor.

Foto: Christina Bauermeister

die die bereits eingereichten Änderungsanträge einfließen werden. Das Papier bringt die soziale mit der inneren Sicherheit zu einem neuen Begriff der Lebenssicherheit zusammen.

Ein Thema, das viele Berlinerinnen und Berliner betrifft, ist die Mietpolitik. Hierzu wurde ein aus mehreren Papieren zusammengefasster Antrag beschlossen, worin u. a. gefordert wird, die Modernisierungsumlage in der jetzigen Form abzuschaffen, den Milieuschutz möglichst flächendeckend innerhalb des S-Bahnringes auszuweiten und die Zahl der geförderten Sozialwohnungen auf 6000 pro Jahr zu steigern. Gleichzeitig soll Berlin eine neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Millionen Euro pro Jahr aufsetzen und Privatisierung von kommunalem Eigentum verfassungsrechtlich ausgeschlossen werden.

Zudem beschloss der Parteitag einen 12-Punkte-Plan für einen Neustart in der Pflege. Dazu zählen u.a. ein durchlässigeres Ausbildungssystem, eine Anpassung der Ausbildungskapazitäten, eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und gute Arbeitsbedingungen sowie verbindliche Personaluntergrenzen in der ambulanten und stationären Altenpflege.

Die Fachausschüsse Internationale Politik, Frieden und Entwicklung und EU-Angelegenheiten sowie eine Projektgruppe

werden sich weiter mit der Forderung des „Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!“ beschäftigen und eine Neufassung zum nächsten Parteitag erarbeiten.

Per Konsensliste nahm der Parteitag u. a. einen Antrag der Juso Landesdelgiertenkonferenz an, der die SPD-Mitglieder des Senats und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dazu auffordert, sich in Berlin für die Einführung eines eigenständiges Fachs Politik ab Klasse 7 im Umfang von mindestens einer Schulstunde wöchentlich einzusetzen.

Unterstützung erhalten sollen auch die Hebammen mit der Einrichtung eines Haftpflichtfonds, der für Schäden aufkommt, die über einer bestimmten Deckungssumme liegen. Außerdem wird eine duale Ausbildung sowie eine Mindestausbildungvergütung gefordert. Im Sozialbereich wird u. a. auf mehr Übernachtungsplätze für obdachlose Menschen gedrängt, im Verkehrsbereich auf ein Verbot des Einsatzes von Giga- bzw. XXL-Bussen bei der BVG bzw. anderen Verkehrsunternehmen.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag der KDV Charlottenburg-Wilmersdorf, der fordert, die Debatte um eine neue deutsche Leitkultur zu beenden und sich stattdessen auf die gemeinsamen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu besinnen.

C. Bauermeister □

Quo vadis Verwaltung?

Darum braucht Berlin eine neue Enquete-Kommission zur Verwaltungsreform



Collage: SPD Berlin

Udo Rießnaß war Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und ist seit 49 Jahren SPD-Mitglied. Der Pensionär erläutert in einem Gastbeitrag die Entwicklung des Berliner Verwaltungsapparats seit den sechziger Jahren. Aus dieser „Langzeitstudie“ ergibt sich für Rießnaß eine klare Schlussfolgerung.

Seit Mitte der 1960er-Jahre verfolge ich aktiv die öffentliche und politische Diskussion sowie Entwicklung zur Verwaltungsmodernisierung in Berlin. In dieser Zeit wurden im damaligen West-Berlin immer wieder vom jeweiligen Zeitgeist beeinflusst, grundlegende Entscheidungen und Konzepte zur Veränderung der Berliner Verwaltung entwickelt.

Zu Beginn der 1970er-Jahre zeigte sich die Berliner Verwaltung unter dem damaligen SPD-Innensenator Kurt Neubauer äußerst innovativ und legte nicht nur zukunftsorientierte Konzepte vor, sondern schuf neue an den Bedürfnissen der Verwaltung und ihrer Beschäftigten, aber auch der Bürgerinnen und Bürger der Stadt ausgerichtete Institutionen.

Beispielhaft ist das Landesamt für Elektronische Datenverarbeitung, dem heutigen IT-Dienstleistungszentrum Berlin. Eine breit angelegte Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts scheiterte allerdings an

dem Beharrungsvermögen der übrigen Bundesländer. Dennoch entwickelte Berlin eine vorbildliche Personalpolitik, z. B. mit der Gründung der Fachhochschule für Verwaltung und Recht und der Stärkung der Verwaltungsakademie Berlin mit ersten Führungskräfteausbildungen.

NEGATIVES IMAGE DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES UND SEINER BESCHÄFTIGTEN

Die heute wieder dringend erforderliche Durchlässigkeit der beamtenrechtlichen Laufbahnen war mit der Laufbahnverordnung aus den 1970er-Jahren bereits gegeben, ist später unter CDU-Senatoren jedoch wieder aufgehoben worden.

Erst mit dem von Innensenator Ehrhart Körting vorgelegten Laufbahngesetz und der darauf folgenden Laufbahnverordnung wurden diese Voraussetzungen wieder geschaffen, deren Umsetzung dann allerdings von CDU-Innensenator Frank Henkel blockiert wurde.

Allerdings blieb das Image des öffentlichen Dienstes und auch seiner Beschäftigten in der öffentlichen Wahrnehmung und der veröffent-

lichten Meinung weitgehend negativ, zumal auch mit der damaligen üppigen und durch die damalige Bundeshilfe subventionierte Personalausstattung in den großen bürgerorientierten Verwaltungsstellen lange Warte- und Bearbeitungszeiten bestanden.

Beispielhaft verweise ich auf die damals noch der Polizei zugeordneten Meldestellen und die Kfz-Zulassungsstelle, deren Wartezeiten nahezu über Generationen legendär waren.

INEFFEKTIVE STRUKTUREN

Beklagt wurden – damals wie heute – auch immer wieder die vermeintlich oder tatsächlich ineffektiven Strukturen der Berliner Verwaltung, die besonders aus der Zweistufigkeit der Berliner Verwaltung abgeleitet wurden/werden.

So hat es aus meiner Sicht immer mehr ein Gegeneinander als ein Miteinander gegeben, das seine Ursache auch darin hat, dass die Bezirke zwar einerseits eine gewisse Selbständigkeit besitzen, ihnen aber klare Entscheidungsmöglichkeiten fehlen und sich die Bezirksverordnetenversammlungen als Gemeindeparlamente verstehen, tatsächlich aber – genau wie die Bezirksämter – Verwaltungseinheiten des Landes Berlin sind und demzufolge rechtlich auf der Verwaltungsebene agieren.

Zudem wurden trotz mehrfacher Versuche keine klaren Zuständigkeitsregelungen geschaffen, sodass es immer wieder zu Zuständigkeitsüberschneidungen kommt, zumal es zu gesamtstädtischen Aufgaben auch noch Landesbehörden im Sinne von Mittelbehörden gibt.

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission zur Verwaltungsreform 1984, der ganz

wesentlich von SPD-Mitgliedern in dieser Kommission geprägt wurde, legte umfassende Vorschläge zur Modernisierung der Berliner Verwaltung und zur Reform des öffentlichen Dienstes vor. Diese wurden zwar intensiv und nachhaltig diskutiert. Die Umsetzung wurde dann allerdings durch den Mauerfall 1989 ausgesetzt.

Gleichzeitig stellten die Beschäftigten der Berliner Verwaltung im Zuge des Vereinigungsprozesses vielfältig

ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit unter Beweis und sicherten durch ihr Eng-

Leider wurde die Aufbruchsstimmung nach der Wende nicht genutzt, um eine neue gemeinsame Verwaltung aufzubauen

gement innerhalb kürzester Zeit die Funktionsfähigkeit der Berliner Verwaltung und damit auch das geordnete Zusammenleben in einer zusammenwachsenden Stadt.

Leider wurden dieses Engagement und die Aufbruchstimmung nicht für den Aufbau einer gemeinsamen „neuen“ Verwaltung genutzt. Eine auch vom Abgeordnetenhaus mit getragene Idee einiger Führungskräfte der Berliner Verwaltung, sogenannte Modellbezirksämter sowie eine Führungskräfteakademie für Berlin und die ostdeutschen Länder zu schaffen, wurde nur in Ansätzen durch das damalige Modellbezirksamt Weißensee als Nukleus der späteren Bürgerämter und die Gründung des Instituts für Verwaltungsmanagement an der Verwaltungsakademie Berlin umgesetzt.

BÜRGERORIENTIERUNG SPIELTE IM DIEPGEN-SENAT NUR UNTERGEORDNETE ROLLE

Gleichwohl ist der damalige schwarz-rote Senat unter Eberhard Diepgen dem allgemeinen Trend der öffentlichen Verwaltungen in Deutschland gefolgt und hat 1994 unter dem Motto „Neues Berliner Verwaltungsmanagement – Unternehmen Verwaltung“ einen breit angelegten Verwaltungsreformprozess angestoßen, der sich im Wesentlichen mit binnenstrukturellen Fragen sowie der Einführung des Produktkataloges und der Kosten- und Leistungsrechnung befasste.

Das Thema der Bürgerorientierung spielte nur eine untergeordnete Rolle, das Personalmanagement wurde eher instrumentell gesehen und allein schon deshalb von vielen Bereichen vernachlässigt, weil es nicht als integrierter Bestandteil des Verwaltungshandelns gesehen wurde.

Zudem äußerten zahlreiche Verwaltungsjuristen verfassungsrechtliche Bedenken, die letztlich formal durch das Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz (VGG) 1999 zurückgestellt werden konnten. Dennoch wurde dieses Gesetz weder von den politisch Verantwortlichen noch von den Führungskräften der Verwaltung wirklich gelebt.

KEIN POLITISCHES BEZIRKSAMT

Mit der Bezirksfusion 2001 wurde nicht nur die Zahl der Bezirke von 23 auf jetzt 12 reduziert, sondern auch eine Abschichtung einzelner Aufgaben von der Hauptverwaltung in die Bezirke vorgenommen, so z.B. die wesentlichen Aufgaben aus dem Einwohnerwesen des damaligen Landeseinwohneramtes, jetzt Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten. Ein



Foto: Adobe Stock | hd-design

klares Bekenntnis zu einem politischen Bezirksamt und eine Stärkung des Bezirksbürgermeisters unterblieb jedoch, sodass aus meiner Sicht auch hierin eine Ursache für die gegenwärtigen Probleme liegen.

Es wurden zwar Bezirke geschaffen, die hinsichtlich der Einwohnerzahl alle die Größe von deutschen Großstädten haben, verwaltungstechnisch jedoch weitgehend unselbstständig sind, zumal selbst die möglichen Instrumenten einer gesamtstädtischen Steuerung nur ansatzweise genutzt werden (können).

Ein großes Legitimationsproblem bekam die Verwaltungsreform in der Folgezeit sodann durch das 2002/2003 eingeleitete Sparprogramm, mit dem auch ein Prozess deutlicher Personaleinsparungen einherging, der letztlich zu einer Reduktion des Personalbestandes der unmittelbaren Berliner Verwaltung um rund 100.000 Beschäftigten führte.

Bemerkenswert ist dabei, dass heute gerade diejenigen in Politik und Öffentlichkeit die drastischen Personaleinsparungen beklagen, die sich damals mit immer neuen Forderungen zur Senkung des aus ihrer Sicht viel zu großen Personalkörpers in der Berliner Verwaltung überboten.

Auch die Ergebnisse der Scholz-Kommission aus dem Jahr 2002 setzten neben der Forderung der Richtlinienkompetenz für den Regierenden Bürgermeister auf Forderungen zur Sanierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung. Zugleich sollte es jedoch auch eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Bezirken und Hauptverwal-

tung geben sowie eine Richtlinienkompetenz für Bezirksbürgermeister. Beides wurde gar nicht oder nur ansatzweise umgesetzt. Anders war es mit der geforderten Richtlinienkompetenz für den Regierenden Bürger-

meister, die letztlich verfassungsrechtlich verankert wurde.

Mit der folgenden Neuordnungsagenda 2006 belegte der damalige rot-rote Senat im Jahr 2003 – auch angesichts der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht – seine Einsparvorstellungen konzeptionell und setzte u. a. zahlrei-

che tiefgreifende Strukturmaßnahmen um, wie die Errichtung des zentralen Überhangmanagements (ZEP) und die Bündelung von Aufgaben in einigen nachgeordneten Landesämtern.

KEINE WESENTLICHEN PROZESSVERÄNDERUNGEN

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsaufgaben ging aus dem Landeseinwohneramt sowie anderen Ämtern hervor, die Verkehrslenkung Berlin wurde ebenso wie die bezirklichen Ordnungsämter gegründet. Der Fuhrpark Berlin und die Verwaltungsdruckerei wurden aufgelöst bzw. gingen im Landesverwaltungsamt auf. Der Landesbetrieb für Informationstechnik wurde als Anstalt öffentlichen Rechts zum IT-Dienstleistungszentrum Berlin. Alle Maßnahmen krankten jedoch darin, dass bis auf wenige Ausnahmen keine wesentlichen Prozessveränderungen vorgenommen wurden.

Bezirke sind verwaltungs- technisch weitgehend unselbstständig

Lediglich die Bürgerämter mit den Meldestellen und die Kfz-Zulassungsstellen konnten ihre Abläufe so optimieren, dass sich sowohl Wartezeiten drastisch verkürzten als auch die Bürgerorientierung ausgeprägt wurde, so dass diese Dienststellen in überregionalen Leistungsvergleichen positiv abschneiden konnten. Leider ist das heute versandet. Die vorgeschlagene Bündelung von Verwaltungsquerschnittsaufgaben wurde zum Teil politisch und verwaltungsmäßig ausgesessen und soll nun in dieser Legislaturperiode umfassend umgesetzt werden.

VERWALTUNG FIT FÜR EUROPA MACHEN

In einer neuen Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ wurden 2005 Leitideen einer bürger- und investitionsorientierten Verwaltung, die Steuerung über Zielvereinbarungen, die Fortentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung, ein verbessertes Personalmanagement sowie die Entflechtung der Zuständigkeiten zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen gefordert. Im Rahmen einer Anhörung in dieser Enquete-Kommission habe ich damals unter anderem gefordert, die Berliner Verwaltung stärker international auszurichten und „fit für Europa“ zu machen.

Auch diese Vorschläge sind leider wieder in den Ansätzen stecken geblieben, da die Umsetzung des damals notwendigen Sparziels im Vordergrund stand. Dies führte auch bei vielen Beschäftigten zu deutlichen Motivationsverlusten, zumal „ein Licht am Ende des Tunnels“ nicht erkennbar war.

Obwohl Personaleinsparungen auf allen Ebenen der Berliner Verwaltung an erster Stelle standen, wurden ab 2004 wieder erste Einstellungen von Nachwuchskräften für die allgemeine Berliner Verwaltung vorgenommen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde aus meiner Sicht dann allerdings die Chance zum Gegensteuern vertan. Schon zu Beginn der Legislaturperiode 2012 war erkennbar, dass angesichts des bevorstehenden altersbedingten Personalabbaus bis zum Ende des Jahrzehnts die beschlossene Personalzielzahl von 100.000 Beschäftigten nur erreicht werden konnte, wenn Personal perspektivisch eingestellt und nicht eingespart werden würde. Verstärkt wurde diese Problematik noch durch die deutlich wachsende Stadt, die auch eine wachsende und optimierte Verwaltung erfordert. Gleichwohl haben viele Verwaltungen weiter Personal eingespart.

Erst mit den Vorschlägen der AG Bezirksfinanzen des SPD-Landesvorstandes und später dann mit der Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode wurden zu dieser Gesamtproblematik die richtigen Schlussfolgerungen gezogen, die es nun konsequent umzusetzen gilt.

Von daher ist es nur folgerichtig, dass der Senat auf seiner Klausurtagung ein Personalpolitisches Aktionsprogramm für die Jahre 2017/2018 beschlossen hat und diesen Prozess durch eine Steuerungsgruppe begleiten lassen will.

Kurzfristig wird dies auch notwendig sein, um einerseits sichtbare Veränderungen bei der Erbringung der Bürgerdienstleistungen und andererseits eine Motivationsförderung bei den Beschäftigten der Berliner Verwaltung herbeizuführen.

Langfristig reicht dies aus meiner Sicht jedoch nicht aus. Auch wenn der Blick in die Vergangenheit verdeutlicht, dass die Vorlage von Konzepten und Ergebnissen von Enquete-Kommissionen das eine und eine sichtbare Umsetzung das gegensätzlich andere sind, erscheint mir eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Wo steht die Berliner Verwaltung am Ende dieser Legislaturperiode“ und mit welchen Maßnahmen können die erkennbaren Herausforderungen gemeistert werden, zwingend notwendig.

WIE SIEHT DIE PERSONALGEWINNUNG VON MORGEN AUS?

Letztlich gilt es auch zu verdeutlichen, was sich durch diesen Senat für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in dieser Stadt, in der inneren Sicherheit und insbesondere auch für die Beschäftigten der Berliner Verwaltung positiv verändert hat.

Ich denke, dass in dieser Legislaturperiode aber auch die Fragen beantwortet und einer Lösung zugeführt werden müssen, die sich damit befassen, wie angesichts eines immer enger werdenden Personalangebots am

Arbeitsmarkt langfristig die Personalgewinnung erfolgreich sein soll. Hier kann ich mir – auch für den Beamten Sektor – eine stärkere Ausrichtung auf Bewerberinnen und Bewerber aus den EU-Staaten ebenso vorstellen, wie eine noch stärkere Werbung von Quereinsteigern, z.B. aus Bereichen, die kurz- und mittelfristig in Berlin Personal abbauen. Dies hilft nicht nur der Berliner Verwaltung, sondern letztlich auch den Betroffenen.

Hierzu gehört auch die konsequente Um-

setzung der geforderten Prozessoptimierungen. Von einer Diskussion über Aufgabenkritik halte ich aus langjährigen Erfahrungen wenig, zumal hierdurch letztlich immer Blockaden bei allen Beteiligten entstanden und Veränderungen nur marginal eingetreten sind. Besonders zu berücksichtigen ist auch, dass sich Veränderungen durch die wachsende Stadt und die demografische Entwicklung abzeichnen, die ebenfalls auf die öffentliche Verwaltung Auswirkungen haben.

BEZIRKE MÜSSEN ZU ECHTEN KOMMUNALPOLITISCHEN EINHEITEN WERDEN

Auf jeden Fall ist es aus meiner Sicht aber zwingend, das Verhältnis zwischen Bezirken und Hauptverwaltung klar zu regeln und die Bezirke zu echten kommunalpolitischen Einheiten zu entwickeln, die allerdings in gesamtstädtischen Politikfeldern zu einem gesamtstädtischen Handeln über Vereinbarungen verpflichtet und durch ein politisches Bezirksamt gestärkt werden.

Eine große Herausforderung besteht auch darin, eine Kulturveränderung in der Berliner Verwaltung vorzunehmen, durch die sowohl die Beschäftigten als auch die Bevölkerung diese als gestaltende und nicht als verwaltende Organisation wahrnimmt. Hier sind sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Führungskräfte in besonderem Maße gefordert und dementsprechend darauf vorzubereiten.

Ob diese und noch weitere Themen in einer Enquete-Kommission behandelt werden sollen, bleibt dahin gestellt. Sicher notwendig ist die Befassung mit diesen Themen, und zwar weit über die Verwaltung hinaus, denn es gilt auch für einzelne Punkte einen politischen und gesellschaftlichen Konsens mit der Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft und den Gewerkschaften herbeizuführen. □

Verhältnis zwischen Bezirk und Hauptverwaltung muss klar geregelt werden



Udo Rienaß war von 1965 bis 2013 Beschäftigter der Berliner Verwaltung und hat sowohl im Bezirk als auch in Landesbehörden gearbeitet. Zuletzt war er Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

FRAKTION INTERN

SPD-FRAKTION APPELLIERT AN MLS: ARBEITSPLÄTZE BEI OSRAM ERHALTEN

Der wirtschaftspolitische Sprecher **Frank Jahnke** und der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Lars Düsterhöft** erklären: „Die aktuelle Ankündigung des chinesischen Investors MLS – kurz nach Übernahme des ehemaligen Osram-Werks (Ledvance) – den Standort mit rund 200 Beschäftigten vollständig zu schließen, nehmen wir mit Empörung zur Kenntnis. Wir teilen die Besorgnis der IG Metall, dass der Investor bei der Übernahme des Werks bereits wusste und plante, den Standort aufzugeben. Wir kritisieren ausdrücklich, dass dies bei den Übernahmegesprächen offenbar keine Rolle gespielt hat, sondern den Beschäftigten gegenteilige Signale gegeben wurden. Wir fordern den chinesischen Investor MLS auf, Gespräche mit dem Ziel zu führen, dass die Arbeitsplätze in Berlin erhalten werden können. Siemens fordern wir auf, Verantwortung für ihre ehemaligen MitarbeiterInnen zu übernehmen und sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einzusetzen. Außerdem erwarten wir, dass Siemens alle Kräfte auf die Stärkung des Industriestandorts Berlin bzw. Deutschland richtet und rechtzeitig in zukunftsfähige Technologien investiert. (...)“

STADTTEILTAGE

22. bis 24.11.: Charlottenburger Stadtteiltage mit **Ulker Radziwill**. 24.11.: Stadtteiltage Neukölln mit **Derya Çağlar**. 1.12.: Stadtteiltage Falkenhagener Feld und Stadtrand mit **Bettina Domer**. 6. und 7.12.: Stadtteiltage Kaulsdorf und Hellersdorf mit **Sven Kohlmeier**. 20. 12.: Stadtteiltage mit **Daniel Buchholz** in Spandau. Weitere Informationen: www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage

BUNDESWEITER VORLESETAG

Beim bundesweiten Vorlesetag am 17. November haben auch in diesem Jahr viele Abgeordnete in Berliner Schulen und Kitas vorgelesen. Der Aktionstag findet traditionell jedes Jahr am dritten Freitag im November statt. Ziel ist es, Begeisterung für das Lesen und Vorlesen zu wecken und Kinder bereits früh mit dem geschriebenen und erzählten Wort in Kontakt zu bringen. **cs □**

Glaubwürdiger Neuanfang

200 Neumitglieder bringen die SPD in Bewegung



Die Neumitglieder diskutierten in kleinen Runden.

Foto: Rowena Paech

Seit Jahresbeginn zählt die SPD Berlin 2.300 neue Genossinnen und Genossen. Sie lassen die Berliner SPD auf über 19.000 wachsen und machen mittlerweile 13 Prozent unseres Landesverbands aus. Berlin ist damit im bundesweiten Vergleich Spitze!

Anfang November kamen 200 von ihnen zum Treffen „SPD in Bewegung“. Im Willy-Brandt-Haus diskutierten sie mit dem Berliner Landesvorsitzenden Michael Müller, Bundestagsabgeordneten, Bezirksbürgermeisterinnen, Kreisvorsitzenden und weiteren SPD-Verantwortungsträgern zu drei Themen: Beweggründe zum SPD-Beitritt, Vorstellungen und Verbesserungsvorschläge zur Parteiarbeit und relevante Themen in der Opposition.

MODERNE BETEILIGUNGSSTRUKTUREN GEWÜNSCHT

Die Neumitglieder verdeutlichten, dass sie klare Ideen und Erwartungen haben: Sie wählten die SPD, weil sie sich gegen eine weitere Spaltung der Gesellschaft stellen und mit ihrem Einsatz die Demokratie und den sozialen Frieden stärken wollen. Viele von ihnen traten der SPD als Reaktion auf die Ergebnisse der Bundestagswahl, oft am Abend des 24. Septembers selbst, bei. Der Kampf gegen die AfD und gegen rechts ist dabei eine klare Motivation. Die „Neuen“ unterstützen mehrheitlich den Gang in die Opposition.

Die klare Linie nach der Wahlniederlage überzeugte viele, der SPD dabei zu helfen, über den Neuanfang und ein klareres sozialdemokratisches Profil verlorenes Ver-

trauen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Für ihr Engagement wünschen sich die Neumitglieder modernere Beteiligungsstrukturen, insbesondere mehr Online-Angebote und die Möglichkeit zur digitalen Partizipation. Ein Mentorenprogramm bzw. Feedback von erfahrenen Mitgliedern würde ihnen gerade in den ersten Wochen und Monaten helfen, sich besser zu orientieren. Weiterhin plädieren sie für Bildungsangebote und eine offene Debattenkultur. Das interaktive Format des Neumitgliedertreffens wurde gelobt.

DIGITALE TEILHABE UND ZUKUNFT DER ARBEIT

Konkrete Vorschläge für die Zeit in der Opposition unterbreiteten die Neumitglieder auch. Unter einer Jamaika-Koalition empfehlen sie, insbesondere auf die Themen Digitale Teilhabe, Zukunft der Arbeit, ein solidarisches und soziales Europa sowie auf bezahlbaren Wohnraum zu setzen. Dicht dahinter folgen Bildung, Gesundheit und Pflege sowie Renten- und Sozialpolitik.

Die Ergebnisse des Neumitgliedertreffens wurden auf dem Landesparteitag vorgestellt und fließen in den Prozess der Neuaufstellung unserer Partei ein. Bereits jetzt gibt es im Kurt-Schumacher-Haus einen eigenen Ansprechpartner für Neumitglieder, eine geschlossene Facebook-Gruppe zum besseren Vernetzen sowie einen extra Newsletter, damit der Einstieg so schnell und unkompliziert wie möglich erfolgt.

Erik Haase □

Inklusion, aber richtig

Rainer-Michael Lehmann: Die Berliner SPD und der Inklusionsplan 2017 bis 2023

500.000 Berliner Bürgerinnen und Bürger haben eine anerkannte Schwerbehinderung. Die Behinderungsformen und die Auswirkungen sind sehr unterschiedlich. Grundsätzlich haben alle Behinderungen in ihrer Wirkung etwas gemeinsames: Sie grenzen Menschen überall dort aus, wo sie wegen ihrer Behinderungen keine uneingeschränkte Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen, politischen oder persönlichen Leben haben. Das gilt auch für ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in Verbänden und politischen Parteien.

Bereits mit dem Leitantragsbeschluss des Bundesparteitages in Leipzig vom November 2013 hat sich die SPD gegen eine Ausgrenzung und für eine inklusive Gesellschaft ausgesprochen.

Die AG Selbst Aktiv wird namentlich in diesem Beschluss aufgefordert, hinsichtlich dieser Querschnittsaufgabe Reformziele für eine inklusive Zukunft unserer Partei zu erarbeiten. Im April 2014 erschien ein Leitfadens zur Barrierefreiheit in der SPD. Doch diese Handlungsanleitung scheint noch lange kein Allgemeingut in der SPD zu sein.

Deshalb ist es zwingend erforderlich, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, einen innerparteilichen Inklusionsplan der Berliner SPD aufzustellen. Wir haben uns u. a. vorgenommen, dass kein Mitglied mehr aufgrund seiner Behinderung am innerparteilichen politischen Leben ausgeschlossen werden darf.

Die AG Selbst Aktiv Berlin hat einen Antrag eingebracht, der den Landesvorstand der Berliner SPD auffordert, in Zusammenarbeit mit betroffenen Mitgliedern, Vertretern des Landesvorstandes und vor allem der AG Selbst Aktiv einen Inklusionsplan zu entwickeln. Er soll zudem eine Handlungsanleitung/Leitfaden für jede Gliederung der Partei enthalten. Grundlage dafür kann die vom Bundesvorstand der Partei herausgegebene Broschüre zum inklusiven Parteileben sein.

Die Umsetzung des Inklusionsplans der SPD Berlin ist für den Zeitraum 2017 bis 2023 geplant. Der Plan kann modular aufgebaut sein. Die einzelnen Ziele können grundsätzlich voneinander unabhängig erreicht werden. Dafür sollen jeweils konkret die notwendigen Maßnahmen, die Verantwortlichkeiten, eventuell erforderliche Finanzmittel und ein Evaluierungsprozess festgeschrieben werden. Der Landesvorstand der SPD berichtet jährlich über den Stand der Zielerreichung.



Rainer-Michael Lehmann ist Vorsitzender der AG Selbst Aktiv der Berliner SPD.

Foto: SPD Berlin/ Joachim Gern

Im Inklusionsplan sind 11 Ziele bzw. Aufgaben definiert:

1. Ausreichende Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Erstellung von Parteiprogrammen und Strategiepapieren.

2. Einbeziehung eines Vertreters/Vertreterin der AG Selbst Aktiv in Programmkommissionen.

3. Bei der Gründung von AGs Selbst Aktiv auf Kreisebene ist deren Vorsitzende/r – analog zur Regelung im Landesvorstand – in den Kreisvorstand zu kooptieren. Es ist erneut die Möglichkeit des Stimmrechtes im Landesvorstand zu prüfen.

4. Bei der Aufstellung von Listen für Parteiwahlen und für Mandate sind Menschen mit Behinderungen zu ermuntern, sich zu bewerben. Ihre Bewerbung wird besonders berücksichtigt und der notwendige Unterstützungsbedarf wird zugesichert.

5. Fortsetzung der Information der Parteimitglieder und hauptamtlichen MitarbeiterInnen zu Inklusion und Teilhabe, um damit zu einer innerparteilichen Bewusstseinsbildung aktiv beizutragen. Maßnahmen dafür sind u. a. öffentliche Diskussionsforen zum Thema Inklusion, fortlaufende Artikel in den internen und externen Print- und Online-Medien, Erstellung eines Leitfadens für Kreisvorstände und Abteilungen usw.

6. Der Inklusionsplan der Berliner SPD wird jährlich evaluiert und die Ergebnisse

werden in den internen Parteimedien vorgestellt.

7. Barrierefreie Gestaltung aller partei-internen Sitzungen, Tagungen, Schulungen oder Seminare.

8. Landesvorstand, Kreise und Abteilungen informieren auf ihrer Homepage über die vorhandene bzw. eingeschränkte Zugänglichkeit.

9. Evtl. Wiederholung der Befragung aller Mitglieder über den Ist-Zustand und die Erfordernisse.

10. Alle wesentlichen Printerzeugnisse und alle elektronischen Medien werden auch in leichter Sprache verfasst. Grundsatzprogramme und andere wesentliche Dokumente werden auch in Hörversionen erstellt und für Menschen mit Sehbehinderung zugänglich gemacht.

11. Erstellung einer Konzeption zur Verleihung eines „Inklusionspreises der Berliner SPD“, an Gliederungen der SPD oder SPD Mitglieder für herausragende und beispielhafte Leistungen für die Inklusion und Barrierefreiheit.

Man muss sich im Klaren sein, dass die gesamte Umsetzung dieses Planes nicht von heute auf morgen geschehen kann, deshalb der Ansatz, es bis zum Jahr 2023 erreicht zu haben. Alle Gremien sind hierbei gefordert, die SPD ist eine Mitmachpartei! Dazu müssen Barrieren überwunden werden, damit es wirklich für alle Menschen gilt.

Rainer-Michael Lehmann □

Sozial- und Lohndumping stoppen

Sylvia-Yvonne Kaufmann: Erster Zwischenerfolg im Kampf für entsandte Beschäftigte



Muss seinen Worten in Sachen Arbeitnehmer-Entsendegesetz Taten folgen lassen: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Foto: Flickr/epp group

Polnische Erntehelfer, rumänische Pflegerinnen im Privathaushalt oder spanische Maurer auf der Baustelle: In der Europäischen Union sind mehr als zwei Millionen Beschäftigte entsandt, sie arbeiten also für einen begrenzten Zeitraum in einem anderen EU-Mitgliedstaat, als in welchem sie normalerweise tätig sind. Dies geschieht auf Basis der so genannten EU-Entsende-Richtlinie, die seit 1996 existiert.

Dieses europäische Rahmengesetz sollte eigentlich gewährleisten, dass auch für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Löhnen, Arbeitszeiten, Arbeitsschutz und anderen tariflichen Vereinbarungen Mindeststandards gelten. EU-Kommissionspräsident Juncker formulierte den Anspruch zuletzt bei seiner Rede zur Lage der Union: „In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollten das gleiche Gehalt bekommen.“

Tatsächlich bietet die Richtlinie jedoch nur einen schwachen Schutz. Ein belegtes Beispiel aus Deutschland, in dem fast eine halbe Million entsandte Beschäftigte arbeiten, verdeutlicht das: Beschäftigte eines slowenischen Bauunternehmens haben in zwei Monaten mehr als 1.400 Stunden auf einer Großbaustelle in München gearbeitet. Dafür erhielten sie nach Abzügen nur 844 Euro pro Person. Nach einer Beschwerde wurde

ihnen fristlos gekündigt, ihre vom Arbeitgeber gestellte Unterkunft mussten sie räumen.

Von einer Gleichstellung in- und ausländischer Beschäftigter kann also bisher keine Rede sein. Dazu sind die vorgeschriebenen Mindeststandards für entsandte Beschäftigte zu niedrig. Sie werden oft unter Tarif bezahlt, machen Überstunden und können von heute auf morgen entlassen werden. Darüber hinaus gilt keine Obergrenze für die Dauer der Entsendung. Das heißt: Der entsandte Beschäftigte muss so lange im Ausland bleiben, wie es sein Arbeitgeber bestimmt. Eine ursprüngliche Ausnahmesituation ist so zur unsäglichen Normalität geworden.

Schon lange kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, das zu ändern. Im Rahmen der Überarbeitung der Entsende-Richtlinie, die derzeit im Europäischen Parlament diskutiert wird, haben wir **drei Hauptziele:**

1. Gerechtigkeit schaffen, um Lohn- und Sozialdumping bei entsandten Beschäftigten zukünftig zu verhindern.

2. Kriminalität und Schamlosigkeit bekämpfen, damit

dubiose Firmen nicht Gesetzes- und Umsetzungslücken der Richtlinie ausnutzen können, um sich auf Kosten von Beschäftigten zu bereichern.

3. Fairen Wettbewerb gewährleisten. Firmen, die ihren Beschäftigten faire Löhne

und gute Arbeitsbedingungen bieten, dürfen nicht weiter benachteiligt werden.

Die Europäische Kommission hat im März 2016 einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie vorgelegt. Dieser enthält gute Ansätze, muss aber an vielen Stellen noch nachgebessert werden. Im Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments konnten wir bereits einen wichtigen Zwischenerfolg erringen. Die Abgeordneten im Fachausschuss haben den Verhandlungsführern ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten auf den Weg gegeben.

So konnten wir unter anderem erreichen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ab Tag Eins der Entsendung gelten soll. Somit wären auch regionale und branchenspezifische Tarifverträge für entsandte Beschäftigten gültig. Auch die Kosten für Transport zum Arbeitsort und Unterbringung sollen nicht – wie bisher – vom Lohn abgezogen werden dürfen. Mitgliedstaaten soll es künftig auch ermöglichen werden, über die Mindeststandards für entsandte Beschäftigte hinauszugehen, was ihnen bisher nicht möglich war.

Die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über einen gemeinsamen Gesetzestext haben nun begonnen. Schon im Vorfeld hat der Ministerrat einige unserer Verbesserungen aufgegriffen, bis zu einer Einigung ist es jedoch noch ein langer Weg. So ist es unserer Meinung nach ein Unding, dass ausgerechnet das Transportgewerbe gesondert behandelt werden soll, obwohl die Arbeitsbedingungen dort oft skandalös sind. Hier wird es noch viel Gesprächsbedarf mit den Ministern geben.

Trotz aller Hindernisse: Das Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ist erstmals in greifbare Nähe gerückt. Unser Verhandlungsauftrag ist klar: Wir wollen Lohn- und Sozialdumping bei der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU stoppen und faire Regeln im europäischen Binnenmarkt durchsetzen. □

„In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben“



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

Ressourcen-Reichtum als Fluch

Diskussion des Fachausschusses Internationale Politik mit der afrikanischen Diaspora

Seit 2014 steht der Fachausschuss Internationale Politik der Berliner SPD im Dialog mit der afrikanischen Diaspora über die Entwicklungsperspektiven von Afrika und Europa im 21. Jahrhundert.

Themen des fünften Dialogabends Ende Oktober im Afrika-Haus waren die überwiegend negativen Erfahrungen der Länder Afrikas mit ihrem Ressourcen-Reichtum und die neuen Pläne bundesdeutscher Ministerien zur verbesserten Zusammenarbeit mit Afrika.

Es kam zu einem ertragreichen Gedankenaustausch zwischen Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika), Fekadu Bekele (Entwicklungsökonom), Prof. Robert Kappel (ehemaliger Präsident des German Institute of Global and Area Studies) und dem Publikum.

Tom Burgis stellt in seinem Buch „Der Fluch des Reichtums. Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas“ (2016) fest, dass ausgerechnet in den afrikanischen Ländern, die reichhaltige Öl- oder Mineralienvorkommen haben, der Prozentsatz der Menschen, die in extremer Armut leben, am höchsten ist. In Nigeria und Angola, wo Öl- und Gasexporte etwa 97 Prozent der Exporte ausmachen, leben 68 bzw. 43 Prozent der Menschen von weniger als 1,25 Dollar am Tag. In Sambia und dem Kongo mit ihren reichen Vorkommen an Kupfer und seltenen Erden sind es 75 bzw. 88 Prozent. Eine hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten bedeutet für jede Ökonomie eine Schieflage, denn die Exporterlöse steigern den Wert der Landeswährungen, verbilligen Importe und treiben die heimische Industrie in den Ruin.

Das Ausmaß an Armut und Umweltzerstörung, das in den entsprechenden Regionen Afrikas vorherrscht, ist aber nicht ein ungreifbarer Fluch, sondern Resultat einer systematischen Plünderung durch internationale Konzerne und afrikanische Eliten. Über komplexe Unternehmensverschachtelungen mit Firmen in Steueroasen werden niedrige Konzessionsabgaben mit hohen Provisionen verknüpft und Gewinne so verschleiert, dass noch ein Großteil der in der Regel niedrigen Steuern umgangen werden kann.

Die Renditen aus den Rohstoffexporten erlauben einer ganzen Reihe von diktatorischen Langzeitherrschern (z.B. Paul Biya in Kamerun und Robert Mugabe in Simbabwe) einen Unterdrückungsapparat aufzubauen und Wahlmanipulation zu betreiben. Im Kongo, so Boniface Mabanza,



Peter Lehmann, Robert Kappel und Boniface Mabanza (v. l.).

Foto: Peter Lehmann

gehörten mittlerweile 30 Prozent des Bodens internationalen Bergbau- oder Agrargesellschaften; nur ein Achtel der Gewinne verbliebe im Land. Im frankophonen Afrika, ergänzte Fekadu Bekele, sorgte die Präsenz der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich dafür, dass nur abhängige und schwache Regenten an die Macht kommen könnten.

MARSHALL-PLAN UND COMPACT WITH AFRICA

Im Verlaufe des Jahres sind vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Finanzministerium Pläne mit hochfliegenden Namen für die zukünftige Zusammenarbeit mit Afrika lanciert worden. Die Plünderung Afrikas ist weder für den „Marshall-Plan“ noch den „Compact with Afrika“ ein wichtiges Thema; es bleibt zu fragen, ob sie für die Entwicklung Afrikas überhaupt tauglich sind.

Boniface Mabanza betonte, dass beide Initiativen wenig mit den Menschen in Afrika zu tun hätten, sondern innenpolitisch und geopolitisch motiviert seien. Es ginge einerseits darum, mit technischer Unterstützung und Hilfgeldern (auch an Diktatoren) die Flüchtlingsbewegungen nach Europa schon in den Staaten der Sahelzone zum Halt zu bringen. Andererseits ginge es darum, profitable Anlagemöglichkeiten für das Kapital von Versicherungen und Pensionsfonds zu schaffen. Ihnen sol-

len bei Investitionen im Infrastrukturbereich Risiken genommen und damit Profitmargen von über 4 Prozent garantiert werden. Drittens seien die Initiativen ein Versuch, dem wachsenden Einfluss von China in Afrika etwas entgegen zu setzen.

Robert Kappel ergänzte, die afrikanischen Länder seien an der Formulierung der Initiativen nicht beteiligt gewesen. „Compact with Africa“ sei ungeeignet für die am wenigsten entwickelten Staaten, erwähne weder Menschenrechte noch Arbeits- oder Umweltstandards. Sie ähnelten den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen der 90er Jahre, es gäbe keine Verzahnung mit der Entwicklungszusammenarbeit und den innerstaatlichen Entwicklungsplänen afrikanischer Länder.

WAS WIRKLICH HELFEN KÖNNTE

Robert Kappel löste mit seiner Bemerkung, dass die Bedeutung von Rohstoffen für die Wirtschaftsentwicklung tendenziell zurückgehe, zunächst Irritationen aus, aber im Verlauf seiner Argumentation zeigte sich, dass er, Boniface Mabanza und Fekadu Bekele doch in vielen Punkten sich ähnelnde Positionen vertraten.

Entscheidend für die afrikanischen Staaten seien Industrialisierung sowie die Entwicklung von Landwirtschaft und Dienstleistungen. Dafür sei es auch wichtig, einen höheren Anteil an den Gewinnen bei

der Ausbeutung der Bodenschätze zu erhalten und in Bildung, den Aufbau handlungsfähiger staatlicher Institutionen und die rechtliche Absicherung von wirtschaftlichem und politischem Handeln zu investieren.

Boniface Mabanza und Fekadu Bekele forderten die Schließung der Steueroasen und hoben die Bedeutung von regionaler Kooperation in Afrika hervor. Während sie in Asien bei 40 Prozent liege, bewege sie sich in Afrika bei 8 Prozent; innerafrikanische Zölle seien zum Teil höher als Zölle im Handel mit der EU. Größere Autonomie im Handeln afrikanischer Staaten hieße nicht völlige Abschottung, sondern die asymme-

trische Integration Afrikas in die Weltwirtschaft zu beenden und Afrika zu einem konstitutiven Akteur zu machen. Mit seiner gemeinschaftsorientierten Kultur könne es auch dazu beitragen, der ideellen Krise des Westens zu begegnen.

Aus der Sicht des Fachausschusses ist es wichtig, den Fokus auch auf Arbeit der deutschen entwicklungspolitischen Institutionen zu werfen. In einer zunehmend interdependenten und auf gemeinsames Handeln angewiesenen, politisch aber fragmentierten Welt wäre es sinnvoll, den Vorschlag von Jörg Faust und Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik aufzugreifen und das Ministerium

für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einem Ministerium für Globale Entwicklung aufzuwerten – auch, um eine höhere Kohärenz in der Arbeit der Bundesregierung zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Bodenschätzen in Afrika wäre es angezeigt, die Blockade-Haltung der Bundesregierung bei Verhandlungen der UN-Menschenrechtsorganisation für globale Unternehmensregeln („Treaty Process“) aufzugeben und die freiwilligen Verhaltensregeln durch einen rechtlich bindenden Verhaltenskodex zu ersetzen.

Peter Lehmann □

So wird deutsche Politik gemacht

Abteilung „Grünes Dreieck“ beendet Partizipationsprojekt mit Geflüchteten

Denkt man an Integration von Geflüchteten, dann fallen einem oft das Beherrschen der deutschen Sprache oder das Ausüben einer Arbeit ein. In der 16. Abteilung der SPD Berlin-Mitte wurde dieser Begriff durch einen Neuen erweitert: politische Partizipation.

Die Abteilung gewann mit ihrer Idee den Innovationspreis der SPD. Die Teamer haben eine Parteischule für Geflüchtete angeboten, bei der es weniger um die Partei als um das politische System in dem die Neubürger leben, geht. Dies fand einen hohen Andrang. Von 60 Bewerbern wurden 30 in das Projekt aufgenommen, davon haben 20 die Parteischule abgeschlossen.

In den Seminaren wurde über Integrationsgesetze, politisches Campaigning, der Weg eines Gesetzes vom Antrag in einer Abteilung hin zum Bundestag und lokale Politik gesprochen. Die Teamerin Bettina Schulze stellte erstaunt fest, „dass die Arbeit mit der Gruppe zu einer starken Selbstreflexion führt, da diese das für mich gegeben immer wieder infrage gestellt haben.“

Mitte November fand das Projekt mit der Übergabe der Teilnahmeurkunden sein festliches Ende. Der Abend wurde durch eine Bildershow und festliche Reden der Koordinatoren abgerundet, so dass die Teilnehmenden sich anschließend



Hinter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Partizipations-Projekts liegt ein intensives halbes Jahr.

Foto: Privat

bei einem arabischen Buffet austauschen konnten.

„In Syrien wollte ich mich immer politisch einbringen, das ging aber nicht unter dem System Assads. Hier in Deutschland herrscht Freiheit und jeder darf sagen, was er will. Man kann für etwas sein, aber auch dagegen, das ist eine Errungenschaft, die der Workshop uns aufgezeigt hat“, stellten Dima und Samir fest. Mit dem Ende des Workshops

beginnt gleichzeitig das neue Projekt der Abteilung, ein Mentorenprogramm. Die ehemaligen Teilnehmer werden auf ihrem

Weg in die politische Partizipation begleitet und unterstützt. Dafür treffen sich alle Beteiligten erneut Anfang Dezember, um das weitere Vorgehen abzusprechen.

„Mit dem Workshops im Hintergrund und ihren bereits guten Kenntnissen von Politik haben die Teilnehmer jetzt das nötige Material, um politisch partizipieren zu können. Ich bin gespannt, was alles für Arbeitsgruppen entstehen werden in dem neuen Programm. Sicher bin ich mir, dass wir eine Gruppen zum Thema Migration/Integration entwickeln werden, da das verständlicherweise alle brennend interessiert“, so die Teamerin Katrin Benzenberg auf der Abschlussveranstaltung.

Benjamin Vrucak □

Auf das Seminar folgt ein Mentorenprogramm

Ein deutscher Revolutionär

Festschrift zu Ehren Martin Gutzeits

Jubiläumsgaben, Gedenkbücher, Festschriften an Professoren, hohe Würdenträger und Beamte gibt es zu Hauf. Sie werden oft an einen kleinen Kreis vergeben, erfreuen die Jubilare wie nett gemeinte Geburtstagsgeschenke und verstauben dann im Bücherregal. Ist das auch so ein Fall? 65 Jahre, Pensionsalter erreicht und dazu 25 volle Dienstjahre – sind sie es wert, einem „Landesbeauftragten“ eine Festschrift zuzueignen? Ich denke, dass man diese rhetorische Frage mit einem kräftigen „Ja“ beantworten muss.

In der Tat liegt hier eine Schrift von besonderem Wert vor. Die Aufmerksamkeit, die Martin Gutzeit erfährt, gilt erst in zweiter Linie seinen 25 Dienstjahren. Sie entspringt einem Vorgang, der vor der Tätigkeit im Dienste Berlins liegt und der Martin Gutzeit, gemeinsam mit Markus Meckel zur bedeutenden Person der Zeitgeschichte gemacht hat: Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante.

BEDEUTSAMER BEITRAG ZUR ZEITGESCHICHTSSCHREIBUNG

Diese Festschrift ist eine faszinierende, spannend zu lesende und zum Nachdenken anregende Sammlung von über 30 Beiträgen von 29 Autoren – Freunden, Mitstreitern, politischen Wegbegleitern und analysierenden Historikern –. Es ist ein politisch und wissenschaftlich bedeutsamer Beitrag zur Zeitgeschichtsschreibung, eine Unterstreichung der historischen Bedeutung des Handelns von Martin Gutzeit – gemeinsam mit Markus Meckel – mit der Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante und der Tätigkeit danach.

Um den Regierenden Bürgermeister Michael Müller aus seinem Geleitwort zu zitieren: Gutzeit hat einen Beitrag zur „politischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung des Staatssicherheitsdienstes“ geleistet.

Klaus Bästlein beschreibt in seinem Beitrag den Werdegang Martin Gutzeit, seine Arbeit, gemeinsam mit Markus Meckel als Pfarrer und später Initiator der SDP, die, so Sigmar Gabriel, Martin Gutzeit zu einem „deutschen Revolutionär“ machte. Beide übrigens haben am Sprachenkonvikt studiert, wo ihr Lehrer Richard Schröder war. Das Sprachenkonvikt hatte einen Zusammenhang mit der Kirchlichen Hochschule in West-Berlin; mehrere Beiträge beschreiben die persönlichen Kontakte zu Studierenden dort.



Klaus Bästlein (Hrsg.): Martin Gutzeit. Ein deutscher Revolutionär. Die Umwälzung in der DDR 1989/90. Festschrift zum 65. Geburtstag und 25. Jubiläum als Landesbeauftragter. Metropol Verlag Berlin 2017 ISBN 978-3-86331-3586 24,00 €

Foto: Metropolverlag

Zweifellos war die Gründung einer Partei eine Wende, denn die verschiedenen Gruppen der Bürgerbewegung zielten ursprünglich nicht auf Parteibildung, sondern auf bürgerschaftliche Opposition von unten gegen das herrschende System der von der SED diktatorisch gesteuerten „Blockparteien“.

Eine Parteigründung außerhalb der Kontrolle durch die SED brachte letztlich das ganze System ins Wanken, weil sie den Alleinbestimmungsanspruch der SED über Staat und Gesellschaft infrage stellte. Sie trug so zur Implosion des Herrschaftssystems bei. Insoweit war, wie der Historiker Siegfried Heimann herausarbeitet, die Gründung der SDP mehr, als nur ein Teil der Bürgerbewegung.

Die Beiträge „zur Person“ sind allesamt Miniaturen, aus persönlichen Erinnerungen geschrieben, die uns ein lebendiges Bild vermitteln vom Handeln mutiger Menschen, deren Wirken das marode System trotz geheimdienstlicher Überwachung (in einigen

Beiträgen angesprochen und zitiert), für die friedliche Revolution vorbereitete, die möglich wurde durch die Veränderungen in der Sowjetunion und die mit dem Namen Gorbatschow verbunden sind. Markus Meckel zeigt in seinem Essay „Zur Zukunft der Vergangenheit“ die gemeinsame Arbeit auf. Thomas Kesselring beschreibt die märchenhaft anmutende Verknüpfung im „Hegel-Kreis“ und führt uns dabei unversehens in die „Dialektik“ von Diskussionskreis und Geheimdienstschneffelei ein. Er entführt mit seinem Beitrag in philosophische Höhen. Stefan Hilsberg beobachtet Martin Gutzeits Wirken in Schwante und danach aus der Sicht eines Freundes.

In mehreren Beiträgen leuchten Anmerkungen auf, die uns als ehemalige „Westler“ ansprechen. Gutzeit wird von Annemarie Hendriks zitiert: „Die westdeutsche SPD schwor noch auf den Dialog mit Honecker und den Seinen. Wir wollten ein anderes Regime und waren eine Art Sprengstoff für diesen Dialog“.

HEFTIGE DISKUSSIONEN UM UMGANG MIT DER SED

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass im Frühjahr 1989 Mitglieder der Bürgerbewegung bedauerten, dass Verantwortliche der SPD sich so sehr auf Gespräche mit Führungspersonal der SED konzentrierten, hoffend auf „Demokratisierung von innen“, und dabei die Kontakte zu den Bürgerbewegten vernachlässigten. Auch der Politikwissenschaftler Eckardt Jesse beleuchtet die kurzzeitig aus der SPD-Führung geäußerte Skepsis gegen die Neugründung in Schwante.

Ich erinnere mich an eine heftige Diskussion im Geschäftsführenden Landesvorstand im Herbst 1989, als Harry Ristock vortrug, er wolle nun gemeinsam mit Alexander Longolius die Kontakte mit SED-funktionären aus der zweiten Reihe wieder aufnehmen, die er bereits über lange Zeit gepflegt hatte. Walter Momper verbot ihm harsch weitere Kontakte im Namen der Berliner SPD, denn inzwischen hatte die West-SPD nolens volens begriffen, dass ihr Partner nun wohl die neue SDP und nicht die verkümmerte und ziemlich hilflose SED sei.

Man möchte aus allen Beiträgen zitieren: über Richard Schröders kluge und hochaktuelle Reflexionen über das „Volk“, über Stefan Wolles Erinnerungen zur Arbeit in der Stasizentrale und die Haltung der Stasi-

mitarbeiter, über Erhard Körtings Betrachtungen aus den Jahren um 1989, über Siegfried Heimanns Essay zur Gründung der Ostberliner SDP uf.

Wer sich, sei es als historisch Forschender

oder als interessierter Zeitgenosse, mit der Wende – die nun so viele Jahre zurückliegt, wie damals der Bau der Mauer – befasst, kommt um dieses Buch nicht herum. □

Nils Diederich ist Parteienforscher. Er leitete von 1971 bis 1976 die Planungsleitstelle beim Regierenden Bürgermeister und war von 1976 bis 1987 und von 1989 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Von der Sumpflüte zum Schmelztiegel

Die Geschichte der Stadt für Neuberlinerinnen und -berliner erklärt

Der Autor des Buches, Tobias Allers, kommt aus Hannover. Der Elsengold-Buchverleger Dirk Palm hat in Gießen promoviert, der Rezensent dieser Zeilen kommt aus Westfalen. Gerade deswegen ist das das Buch „Neuberliner – Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute“ ein typisches Berliner Produkt.

Berlins Markenzeichen ist ein unablässiges Kommen und Gehen seiner Bewohnerinnen und Bewohner, seit sich erste Besiedlungen vor mehr als 12.000 Jahren im Berliner Urstromtal nachweisen lassen. Ein paar Jahrhunderte waren es wohl germanische Stämme, die sich hier niederließen. Sie kamen und gingen mit der Völkerwanderung. Diese Lücke füllten ab 700 v. Chr. slawische Zuwanderer und ihre Nachfahren, denen wir Rudow, Malchow, Kladow, Pankow und Spandow (Spandau) zu verdanken haben. Ihre Kolonisation müssen wir uns als ziemliche Knochenarbeit vorstellen.

„Berlin“ leitet sich schließlich aus der slawischen Wurzel brlo oder berlo ab, was „Sumpf, Morast, feuchtes Gebiet“ bedeutet. Die scheinbare Unwirtlichkeit hatte freilich auch ihre attraktiven Vorzüge – die spätere Doppelstadt Berlin und Cölln lag am Kreuzungspunkt von Havel und Spree. Hier überschritten sich große Handelswege von Magdeburg nach Frankfurt (Oder) und von Sachsen nach Stettin. Bald sprach sich bis in die Rheinlande („Cölln“) und die Niederlande herum, dass man in Berlin und Umgebung sein Glück machen konnte.

Beherrscht wurde das Siedlertreiben vom Geschlecht der Askanier, die vom Ostrand des Harzes gekommen waren. Das Herrschergeschlecht starb aus, räuberischer Landadel machte sich über die Region her, plünderte und brandschatzte. Dieser Tiefpunkt in der Geschichte Berlins war zugleich der Beginn der Karriere als Einwanderungsstadt, die bis heute anhält.

Ein ursprünglich fränkisches Adelsgeschlecht, die Hohenzollern, übernahm die Regentschaft über die verwüstete Region



Tobias Allers: Neuberliner Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute, 176 Seiten, ca. 120 Abbildungen Elsengold Verlag, Berlin, 2017, 29,95 Euro

Foto: Elsengold

und brachte Berlin zur Blüte, indem Zu- und Einwanderung gefördert wurden. Wirtschaft und Handel begannen zu prosperieren.

Bald war Berlin mehr als eine brandenburgische Sumpflüte; die Stadt wurde zur Militär- und Festungsstadt und zur mitteleuropäischen Musterstadt des Merkantilismus – einer Wirtschaftsform des Mittelalters, die auf Wachstum durch Erhöhung der Untertanenzahl setzte. Man brauchte kundige Stadt- und Landschaftsplaner, Tuch- und Seidenfabrikanten, Handwerker, Baumeister, Gesellen und jede Menge Soldaten. Die Religionsflüchtlinge aus Frankreich – die sog. Hugenotten – wurden im 17. und 18. Jahrhundert teils mit offenen Armen empfangen, weil sie etwas von ihren Handwerkskünsten verstanden. Teils wurden sie fast sozialneidisch beäugt, weil der König sie mit allerlei Steuerprivilegien ausstattete.

Ähnlich erging es den Tuch- und Seiden-

spezialisten aus Böhmen; auch sie hatten sich aus religiösen Gründen auf die Flucht nach Berlin gemacht und siedelten sich vorzugsweise in Rixdorf (Berlin-Neukölln) an sowie in der Friedrichstadt zwischen der heutigen Wilhelm- und Kochstraße und dem Mehringplatz. Juden siedelten sich im Mittelalter in Berlin an, wo sie einigermaßen geduldet waren. Sprache und Kultur der jüdischen, französischen und böhmischen, später auch die der russischen und polnischen Einwanderer beeinflussen die Berliner Lebensweise bis heute. Sie beflügelten das Denken und Handeln der Eliten und machten die Epoche der europäischen Aufklärung erst möglich.

Selbst das zerbombte Berlin war Kulminationspunkt von Vertriebenen, Ost-West-Flüchtlingen, Heimatlosen und Ausgebürgerten, ohne die die einstige Millionenstadt zu einem Niemandsland geworden wäre. Lange Zeit wurde über die vormalige Industriemetropole ein Zuzugsverbot verhängt, weil es keine Wohnungen und keine Arbeitsplätze gab. In den 1960er Jahren, mit wirtschaftlichem Aufschwung im Westteil und wegen des fluchtbedingten Arbeitskräftemangels im Osten – gab es Arbeitseinwanderungen aus der Türkei beziehungsweise aus Vietnam. Erst der Krieg auf dem Balkan, dann die Nah-Ost-Konflikte und Süd-Nord-Armutswanderungen aus Afrika nach Europa brachten eine enorme Zuwanderungsdynamik nach und in Berlin, die bis heute anhält und die diese großartige Stadt weiterhin so lebendig und attraktiv für Zuwanderer aus der ganzen Welt macht.

Die sozialen, religiösen und kulturellen Probleme, die es mit sich bringt, wenn man, wie Berlin, stets im Zentrum von Völkerwanderungen war – sie beschreibt der Historiker und gelernte Stadtführer Tobias Allers wie eine Geschichte, die nicht zu Ende geht. Der wunderbare Band „Neuberliner“ kann übrigens auch als sehr informatives Bilderbuch genutzt werden.

Ulrich Schulte Döinghaus □

Dieser Teil steht
aus datenschutzrechtlichen Gründen
online nicht zur Verfügung.

HISTORISCHE KOMMISSION

Das Jahr 1917

Die Historische Kommission beschäftigt sich am 27. November ab 19 Uhr vor allem mit den Ereignissen des Jahres 1917.

Es geht u. a. um die Februarrevolution in Russland sowie den Oktoberputsch Lenins in St. Petersburg. Beleuchtet wird die Wirkung der Ereignisse auf die Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie (Gründung der USPD im April 1917, Rolle der Spartakusgruppe, Versuch der MSPD und der bürgerlichen Parteien für einen Verständigungsfrieden bis zu den Januarstreiks 1918). Ort: Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, Berlin Erika-Heß-Saal BS □

BUNDES-SPD

Bundesparteitag

Vom 7. bis 9. Dezember kommt die Bundes-SPD in der CityCube zu einem Ordentlichen Bundesparteitag zusammen.

Auf der Tagesordnung steht am 7. Dezember ab 11 Uhr die ordentliche Neuwahl des Parteivorstands für die kommenden zwei Jahre. Neben der Antragsberatung steht am 9. Dezember die Verleihung des Wilhelm-Dröschner-Preises auf dem Programm.

Ort: CityCube, Messe Berlin, Messedamm 26, 14055 Berlin PM □

AUGUST BEBEL INSTITUT

Soziale Sicherheit

Das August Bebel Institut lädt am 24. November von 19 bis 21 Uhr zu einer Diskussion um soziale Gerechtigkeit vs. soziale Ungleichheit.

Das Leben selbstbestimmt führen zu können, setzt soziale Sicherheit voraus, die es uns erlaubt, längerfristig zu planen, erstrebenswerte Ziele zu verfolgen und nicht nur aus Zwängen heraus zu handeln. Nicht erst seit der Bundestagswahl sind viele verunsichert, was »Soziale Sicherheit« und »Soziale Gerechtigkeit« unter den aktuellen Bedingungen, die von Globalisierung und Digitalisierung geprägt sind, bedeutet und wie wir sie erreichen. Unser Abend will die Begriffe, Thesen und Strategien diskutieren und exemplarisch die Situation in Berlin beleuchten.

Mit Martin Kronauer (Soziologe, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin); Dilek Kolat (Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung). Anmeldungen bitte an anmeldung@august-bebel-institut.de

(Baureihe IK) und die neuen Züge für die S-Bahn Berlin. Da die Anzahl der Teilnehmenden auf 30 Personen begrenzt ist, bittet der Fachausschuss um **Anmeldung bis zum 23. November** an sybille-uken@t-oline.de

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

17. November, 15 bis 16.30 Uhr: Bürgersprechstunde der Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Iris Spranger. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich unter Tel.: 030-522 833 65 oder per Email an buergerbuero.spranger@web.de anmelden. Adresse: Bürgerbüro, Köpenicker Str. 25, 12683 Berlin

21. November, 12.30 bis 14 Uhr: Telefonische Sprechstunde der Weddinger Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach, Tel: 030/2325-2297.

22. November, 10 bis 12 Uhr: Wahlkreissprechtag des Bundestagsabgeordneten für Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee Klaus Mindrup, bitte anmelden unter: klaus.mindrup.ma02@bundestag.de. Adresse: Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin

24. November, 14 bis 16 Uhr: Bürgersprechstunde der Lichtenrader Abgeordneten Melanie Kühnemann, Adresse: John-Locke-Straße 19, 12305 Berlin.

4. Dezember, 15 bis 16 Uhr: Bürgersprechstunde des MdA aus Mitte Ralf Wieland. Adresse: Bürgerbüro, Behmstraße 11, 13357 Berlin.

5. Dezember, 14 Uhr bis 17 Uhr: Bürgersprechstunde des Neuköllner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu, Anmeldung unter Tel. 030/568 21 111, Adresse: Bürgerbüro, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin.

Dieser Teil steht aus datenschutzrechtlichen Gründen online nicht zur Verfügung.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)

Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin

Redaktion:

Christina Bauermeister
Tel: 030-4692 150
Fax: 030-4692 240
E-Mail: berliner.stimme@spd.de
Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas,
Tel: 030-2130 870, E-Mail:
berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnement: 28 Euro pro Jahr
(bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro
bei Zustellung per Post

Druck: KORRekt Mailingservice Berlin

TERMINE

6. Dezember, 16.50 Uhr: Exkursion des Fachausschusses **Mobilität** zur Stadler Pankow GmbH, Lessingstraße 102, 13158 Berlin. Das Unternehmen Stadler Pankow ist verantwortlich für die Marktbearbeitung in Deutschland und den Export von Straßen- und Stadtbahnen weltweit. In Pankow werden alle Produkte des Produktportfolios für den deutschen Markt sowie die Straßen- und Stadtbahnen für den Export entwickelt, gefertigt und montiert. Stadler baut die jüngste U-Bahngeneration für die BVG

Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin**

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen an **wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, 10405 Berlin** oder per Mail an berliner.stimme@wegewerk.de

Die besten Fotos der Welt

Sony World Photography Awards 2017 seit 7. November im Willy-Brandt-Haus



Die Zwillingsschwestern Liu Bingqing und Liu Yujie bei der Schulgymnastik in der chinesischen Provinz Shandong.

Foto: Yuan Peng



Eine junge Familie in Bangladesh? Nein, das Foto zeigt Kajol in einem Bordell mit ihrem sechs Monaten alten Baby, neben ihr liegt ein Kunde.

Foto: Sandra Hoyn

Am 7. November 2017 eröffnet im Willy-Brandt-Haus in Berlin die Sony World Photography Award Ausstellung. Gezeigt werden die besten Bilder des größten Fotowettbewerbs der Welt. Insgesamt wurden 227.000 Fotos von Fotografen aus 183 Ländern eingereicht. 200 Fotos werden nun erstmals in der deutschen Hauptstadt gezeigt.

Der internationale, renommierte Wettbewerb zeigt im zehnten Jahr das Beste, was die zeitgenössische Fotografie vom Studenten über Amateur bis hin zu Profifotografen zu bieten hat. Aus insgesamt 227.000 Einsendungen haben die Juroren in diesem Jahr erneut die bewegendsten und beeindruckendsten Werke ausgewählt.

Kaum ein Fotowettbewerb hält so unterschiedliche Fotografien bereit, die teilweise zum Nachdenken und teilweise zum Lachen

anregen. In der Gewinnerserie „Whiteout“ etwa stoßen städtische Zivilisation und unberührte Natur aufeinander. Mit der Bilderserie „Das Verlangen der Anderen“ dokumentiert die deutsche Fotografin Sandra Hoyn den Alltag von Sexarbeiterinnen im Kandapara Bordell in Bangladesh.

ERSTMALS ALLE GEWINNER UND FOTOGRAFEN DER SHORTLIST ZU SEHEN

Der Fotograf Peter Franck zeigt seinen Blick auf das Thema Meer in der Kategorie „Landschaft“. Von Naturaufnahmen über ausdrucksstarke Porträts bis hin zu abstrakten Fotos zeigen die Sony World Photography Awards einen Querschnitt zum Thema Fotografie aus 183 Ländern dieser Welt.

Im Willy-Brandt-Haus in Berlin werden

zum ersten und einzigen Mal die Arbeiten aller Gewinner sowie der Fotografen der Shortlists zu sehen sein.

Die Sony World Photography Awards wurden 2007 mit Unterstützung von Sony von der World Photography Organisation (WPO) ins Leben gerufen. Die WPO fördert die professionelle, Amateur- und studentische Fotografie und bietet der Fotoindustrie eine globale Plattform zur Kommunikation, Kollaboration und Präsentation aktueller Trends in den Bereichen Fotojournalismus, Fine Art und kommerzielle Fotografie. PM □

Ausstellung vom 8. November bis 21. Januar 2018 im Willy-Brandt-Haus Stresemannstr. 28, 10963 Berlin

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich.